



Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Beirat des Landkreises Bad Dürkheim
für Migration und Integration
Herrn Ernst Bedau
Obere Hofstückstraße 26
67146 Deidesheim

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-5645

www.mffjiv.rlp.de

20. Oktober 2016

Mein Aktenzeichen
19 335-00006/2016-003
Dok-Nr.: 2016/028314
Referat 725

Ihr Schreiben vom
16. September 2016

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Dr. Jan Schneider
Jan.Schneider@mffjiv.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16 - 5182
06131 1617 - 5182

Resolution zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland

Sehr geehrter Herr Bedau,

ich danke Ihnen auch im Namen von Frau Ministerpräsidentin Dreyer für Ihr Schreiben vom 16. September 2016, in dem Sie sich für ein Landesaufnahmeprogramm für derzeit in Griechenland aufhältige Flüchtlinge aussprechen.

Auch Frau Ministerpräsidentin Dreyer und ich beobachten das Schicksal der in Griechenland aufhältigen Flüchtlinge aufmerksam. Gerade Vorfälle wie im September und Oktober 2016 in zwei Lagern ausgebrochene Feuer sprechen für eine weiterhin hohe Anspannung der dort lebenden Personen.

Auch wenn die Zahl der in Griechenland ankommenden Flüchtlinge zuletzt stark rückläufig war, stellen die dort lebenden Flüchtlinge den griechischen Staat weiterhin vor große Herausforderungen. Dies haben auch die europäischen Staaten und die Europäische Union erkannt. Deshalb beschloss der Rat „Justiz und Inneres“ der Europäischen Union am 14. September 2015, binnen 24 Monaten 40.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland in andere europäische Staaten umzusiedeln. Hiervon sollen 10.500 von Deutschland aufgenommen werden.



Am 22. September 2015 beschloss der Rat „Justiz und Inneres“ die Umsiedlung weiterer 120.000 Personen aus Griechenland und Italien, von denen ein Anteil von rund 17.000 auf Deutschland entfällt. Es ist damit bereits jetzt vorgesehen, dass Deutschland gut 27.500 Personen aus Griechenland aufnehmen wird, von denen die ersten bereits umgesiedelt wurden. Nachdem die Bemühungen um die Nachorganisation der im vergangenen Jahr nach Deutschland zugewanderten Menschen gut vorankommen, wird Deutschland die Aufnahme der aus Griechenland umzusiedelnden Personen kontinuierlich verstärken und so seinen Zusagen hoffentlich zeitnah nachkommen.

Zudem wurden Griechenland über die Europäische Union seit Anfang 2015 insgesamt 353 Millionen Euro zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen, insbesondere zur Schaffung von Aufnahmekapazitäten und zur Versorgung der Personen zur Verfügung gestellt. Über das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen stellen die Mitgliedstaaten Griechenland außerdem Expertinnen und Experten zur Handhabung des Umsiedlungsprogramms zur Verfügung.

Auch wenn das europäische Umsiedlungsprogramm zur Unterstützung Griechenlands bislang nicht so zügig umgesetzt werden konnte wie auch ich es mir gewünscht hätte, bin ich zuversichtlich, dass mit der Steigerung der Umsiedlungszahlen hoffentlich eine spürbare Erleichterung der Situation in Griechenland eintreten wird.

Das europäische Umsiedlungsprogramm zeigt aber auch, dass die Umsiedlung von Flüchtlingen einen erheblichen organisatorischen Aufwand sowohl in Griechenland als auch in Deutschland bedeutet.

Vor diesem Hintergrund sehe ich bei einem landeseigenen Umsiedlungsprogramm derzeit die Gefahr, dass keine Erfolge in dem Umfang erzielt werden können, wie es bei einem koordinierten europäischen Ansatz möglich ist. Sollten sich die Erwartungen an das europäische Umsiedlungsprogramm nicht erfüllen und weitere europäische



Maßnahmen ausbleiben, werde ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern und im Bund jedoch erneut und mit Nachdruck eruiieren, ob gegebenenfalls weitere nationale Maßnahmen notwendig sind.

Mit freundlichen Grüßen

Anne Spiegel